Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postaufschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags 2. Vorm. 9–½ 1 u. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachm.
Die 1spaltige Grundzeile kostet für 8 Silben 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Finge.) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an, für Richtigkeit eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.

Dresden, 1893.

Dresden-A., Telephon 389 **Costümfabrik Max Jacoby,** Galeriestrasse 26.
Lieferant der grösseren Theater Berlins.
Verleihanstalt aller Arten Costüme vom billigsten bis zum elegantesten Genre, Nationaltrachten aller Art, sowie historische Costüme jeden Zeitalters. Lieferungen für auswärts werden prompt ausgeführt.

Steingut unter **Bazar-Preisen.**
Salz- u. Mehl-Behälter neu, **Zwiebelmuster** à **50** und **90** Pf.
J. G. Klingner, Waisenhausstrasse 3.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf: **Altmarkt Nr. 2.**

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath, Wallstr. 8.

Maskeradeschmuck.
Colliers, Armbänder, Orden, Diademe, Kronen, Gürtel mit und ohne Münzen und Steinen, sowie Gold- und Silberbesatz.
Grösste Auswahl in allen Preislagen.
Alfred Ulbrich, 10 Wallstr.-Antonsplatz **10.**

Lodenjoppen, Mäntel, Hüte, Tiroler und **bayrische Nationaltrachten**
empfiehlt in grösster Auswahl billigst **Jos. Fiechtl** aus **Tirol,** Schlossstrasse 23, part. und 1. Etage.

Nr. 11. Spiegel: Bergarbeiterausstand im Saargebiet. Branntweinmonopol. Hofnachrichten. Geisteskranke. Hofrath Dr. Wagnar's Gemeinrathssitzung. Verkehr mit Butter. Gewerbeverein, Handwerkerverein, Gerichtsverhandl. Kirchenconcert. Quartettsoirée. Lotterieliste. **Mittwoch, 11. Januar.**

Politisches.

Es läßt sich augenblicklich noch nicht übersehen, in welchem Umfange der Ausstand der Bergarbeiter in dem fiskalischen Bergbaubetriebe an der Saar auch in die benachbarten Kohlenreviere, in das rheinisch-westfälische Kohlenbecken, übergreifen wird. Würde die streiklustige Stimmung, die in den letzten Bergarbeiterversammlungen in Essen, Bochum, Gelsenkirchen und Dortmund zum Ausdruck gekommen ist, zur That werden, dann würde der Streik einen bedrohlichen Charakter annehmen, den er zur Zeit noch nicht besitzt. Noch ist aber die Hoffnung vorhanden, daß Besonnenheit und nüchterne Erwägung die Oberhand behalten, daß der Streik im Saargebiet rechtzeitig freiwillig eingestellt und der Sympathieausstand der Bergleute in den Nachbargebieten ein beschränkter bleibt. Auf irgend welche Sympathieen seitens der unbetheiligten Bevölkerungskreise können die streikenden Bergarbeiter diesmal nicht rechnen. Denn Niemand, außer den berufsmäßigen Hetzern, findet die mittels Contraktbruches inscenirte Arbeitsniederlegung gerechtfertigt. Einzelne Klagen der Ausständigen mögen berechtigt sein. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Löhne in der letzten Zeit in Folge des Rückganges der Kohlenpreise etwas heruntergegangen sind. Hierin liegt aber doch kein ausreichender Grund, in vertragswidriger Weise einen großen Streik heraufzubeschwören. Begreiflich erscheint es allerdings, daß die Bergarbeiter besonders darüber erbittert wurden, daß nur ihre Löhne fallen, die Gehälter der Beamten aber nicht und daß diesen „trotz der schlechten Zeiten" Weihnachtsgratifikationen ausgetheilt worden sind. Keinesfalls kann jedoch von Hungerlöhnen der Bergleute, oder von einem Nothstande die Rede sein. Denn die Löhne im Saargebiet sind im Durchschnitt die höchsten, welche überhaupt an Bergarbeiter gezahlt werden.

In verschiedenen Berichten über den Ausstand aus dem Saargebiet wird als besonders bemerkenswerth hervorgehoben, daß unter den Ausständigen Mißtrauen gegenüber den unmittelbar vorgesetzten Bergbehörden herrscht, daß man dagegen von höherer Stelle her Unterstützung der Forderungen erwartet. „Ueberhaupt ist ein charakteristischer Zug, der hervortritt", bemerkt der Berichterstatter der „Frkf. Ztg.", das Vertrauen zu Kaiser Wilhelm, von dessen persönlicher Entscheidung die Bergarbeiter sich das Beste versprechen. Sie appelliren von den ihrer Ansicht nach schlecht unterrichteten an den besser zu informirenden Monarchen". Die Streikenden berufen sich auf den Ausspruch des Kaisers: „Die fiskalischen Gruben sollen Musteranstalten werden!" und behaupten, daß sie dies erst sein würden, wenn ihre Forderungen bewilligt würden. Der frivole Ausstand ist ein erneuter Beweis, daß die arbeitgeberfeindliche Wendung der Sozialpolitik, die seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck eintrat, ein verhängnißvoller Fehler gewesen ist. Die sozialpolitische Kathederweisheit eines Hintzpeter trägt jetzt ihre Früchte. Fürst Bismarck hatte vollkommen Recht, als er kurz vor seinem Sturze eindringlich warnte, durch übereilte und zu weit gehende Zugeständnisse in der Arbeiterschutzgesetzgebung die Begehrlichkeit zu züchten und zu steigern. Selbst in Regierungskreisen scheint man jetzt zu empfinden, daß man in der Arbeiterfreundlichkeit zu weit gegangen ist. In einem offiziösen Artikel wurde kürzlich das Vorgehen der Bergarbeiter als eine Art Undankbarkeit gegen die sozialpolitische Gesetzgebung der Regierung aufgefaßt und die „Nordd. Allg. Ztg." hat sogar die Frage aufgeworfen, ob nicht die Gesetzgebung in der Bewilligung von Rechten für die Arbeiter zu weit gehe.

Für die Bergarbeiter selbst aber wird der Ausstand völlig erfolglos sein. Die Früchte wird nur die Sozialdemokratie ernten. Das Centralorgan derselben gesteht dies mit cynischer Offenheit ein, indem es schreibt: „Wie auch die Entscheidung fallen möge, ob zu Gunsten des Ausstandes oder nicht, ob — falls ersteres der Fall — erfolgreich für die Bergleute oder nicht, der Vortheil bleibt dem im Klassenkampfe befindlichen Proletariat. Wie der Turhauer Kohlengräber-Ausstand neue Kämpfer in die Reihen der Sozialdemokratie gedrängt hat, so wird das auch hierbei geschehen."

Auswärtigen Blättern wird von einem Berliner Korrespondenten mitgetheilt, daß die Regierung im Falle des Scheiterns der Militärvorlage und nach Ablehnung der dem Reichstage vorliegenden Novelle zum Branntwein-, Brau- und Börsen-Steuergesetz die Einführung des Branntwein-Monopols in der Form des Rohspiritus-Monopols bestimmt in Aussicht genommen haben soll. Der Berichterstatter schreibt: „Daß das Branntwein-Monopol wieder in den Vordergrund tritt, glaube ich aus untrüglichen Anzeichen schließen zu dürfen, nämlich aus Erhebungen, welche seitens der Regierung gegenwärtig bei Vertrauensmännern angestellt werden, die dem Verein deutscher Spiritusindustrieller angehören. Diese Erhebungen beziehen sich ganz besonders auf die beabsichtigte Herrichtung staatlicher Magazine für die Aufnahme des Rohspiritus, ferner auf die Abfuhrwege von diesen Magazinen, auf den Preis der ungereinigten und der gereinigten Waare, auf die kaufmännische Leitung des staatlichen Unternehmens und die Mittel und Wege, den gereinigten Sprit in den Konsum zu bringen. Es wird geplant, ein Rohspiritus-Monopol einzuführen, für welches die Einrichtungen jetzt schon in vortrefflicher Weise vorbereitet sind. Die Branntweinbrenner behalten wie bisher den Betrieb ihrer Anstalten; die Steuer auf Branntwein, sowohl die Maischbottich- und Materialsteuer wie auch die Verbrauchsabgabe, wird aufgehoben, und die Branntweinbrenner übernehmen lediglich die Verpflichtung, das fertige Fabrikat nur an den Fiskus zu verkaufen, welcher dafür einen angemessenen Preis ansetzt. Den Weiterverkauf des Spiritus besorgt der Fiskus allein. In dem vom Staate dann festzusetzenden Preise des Trinkbranntweins ist der Monopolgewinn hauptsächlich enthalten. Auch mit dem Auslande kann der Fiskus trefflich konkurriren, da der Branntwein aller Steuer ledig ist und auch der Unternehmergewinn in die Tasche des Fiskus fließt. Zu gewerblichen Zwecken soll der Branntwein ebenso billig wie heute ohne Steuer abgegeben werden. Die Branntweinbrenner sollen mit der Einführung des Monopols durchaus ei verstanden sein, da sie in dem Fiskus einen guten und sicheren Abnehmer erhalten. Sie begrüßen die Aenderung auch ganz besonders deshalb mit Genugthuung, weil dann die Industrie aller steuerlichen Fesseln enthoben ist, welche bisher die volle Ausnutzung des Rohmaterials verhindert haben. Der Verkauf des erzeugten Branntweins an andere Personen ist gänzlich ausgeschlossen, was übrigens insofern belanglos ist, als schon jetzt die Einrichtung besteht, daß die Brennereibesitzer in ihren eigenen Spirituskeller nicht gelangen können, weil der aus dem Brennapparat in steuersicheren Röhren direkt in die großen Bassins fließende Branntwein unter steuerlichem Mitverschluß steht. Es ist daher schon nach unserer jetzigen Einrichtung für die Einführung des Rohspiritus-Monopols Alles aufs Beste vorbereitet." Der „Hann. Cour.", der auch diese Mittheilung bringt, nimmt nicht an, daß die Regierung glaubt, für ein Branntwein-Monopol mehr Aussicht zu haben, als für die vorliegenden Reichssteuergesetze. Die Monopolvorlage des Jahres 1887 sei im Reichstage aus politischen und volkswirthschaftlichen Gründen mit 181 gegen 3 Stimmen abgelehnt worden. Die „Schles. Ztg." hingegen begrüßt die Wiederaufnahme der 1886er Monopolpläne mit Freuden.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 10. Januar.

Berlin. Reichstag. Am Bundesrathstische: Reichskanzler Graf Caprivi, Staatssekretär Frhr. v. Maltzahn Gültz, bayerischer Finanzminister v. Riedel und sächs. Gesandter Graf Hohenthal. Präsident v. Levetzow gedenkt mit warmen Worten des Ablebens der Abgg. Lange und Dr. Peter Reichensperger. Das Haus ehrt das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Auf der Tagesordnung 1. Berathung der Brausteuernovelle. Staatssekretär Frhr. v. Maltzahn: Die Steuervorlagen bezweckten, die Mittel für die Durchführung der neuen Militärvorlage zu beschaffen, da eine Erhöhung der Matrikularbeiträge nicht angezeigt erscheine. Die Vorlagen bezögen sich auf das momentane Bedürfniß, nicht auf die noch später vorkommenden, da sich die zukünftige Entwickelung der Finanzen schon jetzt nicht übersehen lasse. Die dem Reiche zur Verfügung stehenden Einnahmequellen seien noch keineswegs völlig ausgenützt. Die beantragte Erhöhung der Brausteuer würde die Deckung der Hälfte des aus der Militärvorlage erwachsenden Mehrbedarfs erbringen. Gegen die Erhöhung der Brausteuer sei in der letzten Stunde eine lebhafte Agitation entstanden, aber wenn man erwäge, daß im Gebiete der Brausteuergemeinschaft 0,79 Mk., in Baden aber 3,31, in Württemberg 4,25 und in Bayern 5,56 Mk. Brausteuer auf den Kopf der Bevölkerung entfallen, wird man zugeben müssen, daß im Gebiete der Brausteuergemeinschaft eine schärfere Heranziehung des Bieres wohl ertragen werden könne. Der Konsument werde von der Steuer nicht betroffen. — Abg. Goldschmidt (freis.): Die bayerische Steuererhöhung sei von den besser situirten Brauereien Bayerns allerdings ertragen worden, hätte aber viele kleine Existenzen vernichtet. Dann fand die bayrische Erhöhung unter günstigen wirthschaftlichen Verhältnissen statt, während wir uns jetzt in einer Periode des Niederganges befinden. Der Reichskanzler hofft auf eine Besserung, wir auch; aber wir sollte die Besserung kommen, wenn man die Industrie fortgesetzt beunruhige. Die beantragte Erhöhung werde den Bierkonsum beschränken und die vom Staatssekretär erhoffte Mehreinnahme werde sehr reduzirt werden. Man berufe sich immer auf Bayern, vergesse aber, daß dort mehr Bier, aber dafür weniger Kaffee, Thee und Branntwein getrunken wird, als in Norddeutschland. In Bayern sei die Brausteuer die Hauptteinnahmequelle, während sich Preußen auf die direkten Steuern stütze. Die norddeutschen Gastwirthe könnten die Steuer nicht tragen, sie hätten erheblich größere Unkosten als die süddeutschen. Das Publikum werde die Steuer auch nicht tragen wollen, so blieben nur die Brauereien, aber viele davon, namentlich die kleineren, könnten die Mehrlasten auch nicht tragen. Der Malzsteuerzuschlag in Bayern habe ein starkes Sinken des Konsums zur Folge gehabt und heute noch, nach 12 Jahren, sei der Konsum dort geringer als vor der Erhöhung. Die Produktion habe sich allerdings erhöht, aber nur infolge des Exports nach Norddeutschland, zu dem sich die bayrischen Brauereien gezwungen sahen. Der deutsche Bier-Export nach dem Zollauslande sei zurückgegangen. Wo solle da die norddeutsche Brauerei-Industrie Besserung für die ihr zugemuthete Mehrbelastung suchen? Wie sich die Steuer auch gestalten möge, jedenfalls werde sie verderbenbringend sein. Schon jetzt habe die Vorlage Unheil angerichtet. Man bereite ihr ein frühes Begräbniß. — Staatssekretär Frhr. v. Maltzahn vertheidigt die statistischen Grundlagen der Motive. Wenn in Bayern die Zahl der Brauereien zurückgegangen sei, so sei dies keine Folge der Steuer-Erhöhung, vielmehr habe sich das größere Kapital der Brauerei-Industrie bemächtigt und so seien große Aktien-Brauereien an Stelle vieler kleiner Brauereien getreten. — Bayrischer Finanzminister v. Riedel tritt der Behauptung entgegen, daß in Bayern infolge des Malzsteuerzuschlages Tausende von Existenzen vernichtet worden seien. Richtig sei, daß die kleinen und mittleren Brauereien sich heute in einer minder günstigen Lage befinden als früher; das sei aber eine Folge des Großkapitals an Stelle der vielen kleinen Brauereien, der Eismaschinen im Großbetriebe ꝛc. Die an die Malzsteuerzuschläge geknüpften finanziellen Erwartungen hätten sich im Allgemeinen erfüllt. Unrichtig seien auch die Angaben des Abg. Goldschmidt über den Bierkonsum in Bayern. Es gebe in Bayern Gegenden, in denen überhaupt kein Bier getrunken würde, weder Vormittags, noch Nachmittags; der Konsum-Rückgang in den Gegenden, in denen Bier getrunken werde, sei gering und ein Zusammenhang desselben mit dem Malzsteuerzuschlag nicht nachweisbar. Die Brauerei-Industrie prosperire, Brauerei-Gesellschaften, die früher keine Dividende zahlen konnten, befänden sich jetzt in recht angenehmer Lage und das Bier sei besser geworden. (Beifall.) — Abg. Hug (Centr.): Für die nicht zur Brausteuergemeinschaft gehörigen deutschen Staaten erwachse durch die Vorlage eine erhebliche Erhöhung der Matrikularbeiträge, die in Baden nur durch die Erhöhung der direkten Steuern gedeckt werden könne. Er hoffe, daß die Militärvorlage soweit reduzirt werde, um diese Steuervorlage zu überflüssigen. — Abg. Gamp (Reichsp.): Von den Steuervorlagen habe die Erhöhung der Börsensteuer die volle Zustimmung seiner Freunde, gegen die Brausteuer bestünden mancherlei Bedenken. Er hätte die in Erwägung gekommene Champagnersteuer für einen glücklichen Griff gehalten, auch eine Quittungen- und eine Inseraten-Steuer würde sich empfohlen haben. Was die Brausteuer anlange, so sei diese eine Konsumsteuer und soll es auch sein, sie sei also in erster Linie von den Konsumenten zu tragen. Daß übrigens das Brauereigewerbe sehr einträglich sei, beweisen die Bierpaläste, welche den Grund und Boden steigerten, sodaß in der Friedrichstraße pro Quadratruthe bis zu 30,000 Mk. bezahlt wurden. Daß die Norddeutschen solche Paläste verlangten, sei nicht richtig, man gebe nur dasselbe Bier, das man in München erhält, für einen billigen Preis, da werde sich auch das einfachste Lokal füllen. Er verstehe nicht, weshalb man Elsaß-Lothringen mit einem schwachen Bierkonsum in die Brausteuer-Gemeinschaft hereinziehen will. Ueber die Uebergangs-Abgaben und den Zoll auf die ausländischen Biere müßten besondere Bestimmungen in die Vorlage aufgenommen werden. In vielen Punkten könne und solle man den Brauereien entgegenkommen und ihnen Erleichterung schaffen. — Abg. Rösicke (lib.): Durch die Vorlage werde die norddeutsche Brauindustrie zu Gunsten der süddeutschen benachtheiligt; es sei deshalb nicht zu verwundern, daß die süddeutschen Finanzminister rasch für die Vorlage gewonnen werden könnten. Die beantragte Steuererhöhung werde die kleineren Brauereien vernichten; die kleinen Brauereien auf dem Lande wirkten am besten dem Branntweingenusse entgegen. Es sei unbegreiflich, wie ein und dieselbe Regierung zwei in solchem Gegensatze zu einander stehende Vorlagen wie das Trunksuchtsgesetz und diese Brausteuervorlage dem Reichstage unterbreiten könne. Die bayrische Brauindustrie arbeite unter viel günstigeren Verhältnissen als die norddeutsche, sei aber trotzdem nicht auf Rosen gebettet. Der norddeutsche Schankwirth müsse im Gegensatz zu seinem süddeutschen Kollegen Aufwendungen für Ausstattung der Schankräume machen; er müsse sich durchschnittlich mit einem Konsum von einem Liter pro Quadratmeter begnügen, während in Bayern 5 Liter auf den Quadratmeter kommen, er könne die Steuererhöhung nicht tragen. — Abg. Richter (freis.) befürwortet noch den Staffeltarif zu Gunsten der kleineren Brauereien und spricht schließlich die Hoffnung aus, daß auch dieser siebente Versuch, das Bier höher zu besteuern, scheitern werde, umsomehr, als die Begründung der Vorlage stümperhaft sei. — Weiterberathung morgen. Interpellation Auer, betreffend die Nothstandsfrage.

Berlin. Im Reichstage kam ein Schreiben des Reichskanzlers zur Verlesung, in welchem die Einstellung des Straverfahrens gegen Ahlwardt mitgetheilt wird. — Der Kaiser ernannte den Herzog von Edinburgh zum Admiral à la suite. — Der preußische Etat für 1893/94 schließt mit einem Defizit von ca. 78 Millionen ab. — Das Abgeordnetenhaus begann heute die 1. Lesung des Gesetzentwurfes, betreffend die Verbesserung des Volksschulwesens und der Diensteinkommen der Volksschullehrer. Die Berathung gelangte nicht zum Abschluß.

Berlin. Prinz Friedrich zu Solms-Braunsfeld, Sekondelieutenant im 2. Garde-Ulanen-Regiment, ist gestern bei einer dienstlichen Uebung von dem Pferde eines Artillerie-Offiziers geschlagen worden, wobei die Kniescheibe und das Schienbein zerschmettert wurden. — Der im Ahlwardt-Prozeß vielgenannte Zeuge Krähan ist in Altona ermittelt und richterlich vernommen worden. Das Resultat der Vernehmung wird streng geheim gehalten. — Der Oberstaatsanwalt Kaumann aus Köln und der Erste Staatsanwalt Baumgarten sind in Kanten eingetroffen, um bezüglich des Knabenmordes weitere Untersuchungen vorzunehmen. Ueber das Ergebniß verlautet nichts Bestimmtes. — Die hohe Persönlichkeit, welche von Berlin aus angeblich die Quittungen des Welfenfonds nach Zürich übermittelte, ist ein hoher Kanzleibeamter des letzten Kurfürsten von Hessen, der durch seine echt welfischen Gesinnungen bekannt und zur Einfädelung derartiger Intriguen geeignet ist. Derselbe lebt hier — nach dem Berl. Tageblatt — als Theilhaber seines Bruders, der Inhaber eines großen Auskunfts-Bureaus ist. — Zwischen der sächsischen und der preußischen Eisenbahnverwaltung ist vereinbart worden, daß Reisende mit direktem Billet über Moderan nach Dresden, die in Falkenberg mit Zugverspätung ankommen, ohne Nachzahlung über Elsterwerda fahren können. — Das Fideikommiß des Feldmarschalls von Manteuffel-Topper, Schwiebus, das derselbe von seiner Dotation vom französischen Feldzuge erworben hatte, wird am 20. März ds. J. gerichtlich versteigert.

Berlin. Der Redakteur Meyer von der „Kreuzzeitung" wurde heute von dem Journalisten Berndt mit einem Revolver überfallen und durch mehrere Schüsse verwundet. Ursache Eifersucht.

Breslau. Auf der Grube Deutschland sind von 1700 Mann gestern früh angefahren 58, gestern Abend von 37 Mann 141, heute früh von 750 Mann 254. Die Ausständischen fordern Erhöhung des Lohnes und Abkürzung der Schicht nach dem Vorbild der fiskalischen schlesischen Gruben. Ausschreitungen fanden nicht statt.

Sigmaringen. Der Kaiser verlieh dem Prinzen Ferdinand von Rumänien den Schwarzen Adlerorden.

Saarbrücken. Heute sind 11,171 Bergleute angefahren, 1298 mehr als am Montag. Ein Extrablatt des „Bergmannsfreundes" schreibt: Wegen der aufhetzenden Thätigkeit vor dem Streik und ihres Verhaltens während desselben sind heute die Hauptagitatoren für immer aus der Grubenarbeit entlassen worden und wurden ihnen auf sämmtlichen Gruben des Bezirkes die Abkehrscheine zugestellt. Diese Maßregel trifft vorläufig etwa 500 Mann, nahezu sämmtlich agitatorisch thätige Mitglieder des Rechtsschutzvereins.

Trier. Der bei Schimeck von dem deutschen Förster irrthümlich durch Säbelhiebe verwundete französische Holzhauer erhielt von der deutschen Regierung 300 Mk. Schmerzensgeld.

Metz. Rechtsanwalt Hender ist wegen seiner Agitation bei dem Ausstande durch Gemeinderaths-Beschluß aus dem Komitee zur Veranstaltung einer Kaiser-Geburtstagsfeier ausgeschlossen worden.

München. Der Prinzregent hat das vom Hoftheater-Intendanten v. Perfall eingereichte Abschiedsgesuch in einem sehr huldvollen Handschreiben abgelehnt, demselben aber gestattet, sich für ein halbes Jahr von der Leitung der Intendanzgeschäfte zurückzuziehen; für diese Zeit ist die Führung der Geschäfte dem Direktor Possart übertragen.

Stuttgart. Der Landtag wurde vom Könige mit einer Thronrede eröffnet, welche die Nothwendigkeit einer Erhöhung der Landessteuer zur Deckung der Mehrausgaben betont.

Paris. Im heutigen Ministerrath theilte Ribot mit, daß er mit seinen Kollegen heute früh bereits eine Berathung gehabt, daß sie allesammt die Nothwendigkeit einer Umgestaltung des Kabinets eingesehen und infolgedessen eine Kollektiv-Demission eingereicht hätten, die Carnot angenommen habe. Carnot beauftragte nach dieser Mittheilung alsbald Ribot mit der Neubildung des Kabinets. Dem Vernehmen nach wird Ribot im neuen Kabinet das Portefeuille des Auswärtigen anstatt des Innern übernehmen. Freycinet und Loubet würden dem neuzubildenden Kabinet nicht angehören. — Die Umgebung des Palais Bourbon war 2 Uhr Nachmittags vollkommen ruhig, nirgends zeigten sich Manifestanten. — Bei dem

Pfund's Vereinigte (Kellerräume) **Kinderwildpfund.** Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 41 42. Trocken-Fütterung.